

Radikale Demokraten in der Mitte: die RDP in der hessischen Landtagswahl 1931

Liepach, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Liepach, M. (1997). Radikale Demokraten in der Mitte: die RDP in der hessischen Landtagswahl 1931. *Historical Social Research*, 22(3/4), 146-159. <https://doi.org/10.12759/hsr.22.1997.3/4.146-159>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Radikale Demokraten in der Mitte Die RDP in der hessischen Landtagswahl 1931

*Martin Liepach**

Abstract: In Weimar Germany various discussions and attempts were started to build up a democratic-liberal mass party. In 1930 the German State Party was constituted by former Democrats (DDP) and the Young German Order. The new party irritated several sections and provincial branches of the DDP and caused disaffection. Some critics founded the Independent Democratic League and subsequently the Radical Democratic Party (Radikal-Demokratische Partei). In November 1931 this party ran for election the first time in Hesse-Darmstadt. The outcome was disappointing. The party failed and did not gain a seat. This study describes the political fractions which supported the Radical Democratic Party and analyses by means of quantitative methods the failures of the party.

Gescheiterte Parteineugründungen fallen in der Regel alsbald den Fußnoten der Geschichtsschreibung anheim. Der meßbare Erfolg von Parteien liefert die Legitimation für bedeutsame Abhandlungen. Doch läßt sich annehmen, daß die Hoffnung jeglicher Parteigründer darauf beruht, erfolgreich zu sein. Warum gerät in einem Fall eine Gründung zu einer »Erfolgsgeschichte«, warum bleibt im anderen Fall die Partei eine ephemere Erscheinung und war deren tragisches Scheitern nicht bereits programmiert? Die Radikal-Demokratische Partei (RDP) gehört mit Sicherheit zum letzteren. Der demokratische Idealismus der Partei hatte unter den Umständen der Zeit keine Chance. Will man es nicht bei einer tautologischen Betrachtungsweise belassen - die Partei hatte keinen Erfolg, weil sie nicht erfolgreich war -, so ist der historische Kontext der Schlüssel zur Erklärung. Ein besonderes Interesse gilt dabei der jüdischen Wählerschaft. Aus den Quellen lassen sich durchaus plausible Gründe für die jüdischen Wähler ableiten, sich in der Stimmabgabe zugunsten der Radikaldemokraten zu entscheiden. Daher ist die Untersuchung dieser Frage auch von politologischer Relevanz, weil sie Aufschluß geben kann, in welchem Maße

* Address all communications to Martin Liepach, Altkönigstr. 34, D-61440 Oberursel.

eine Minderheit bereit ist, das Risiko einzugehen, sich für eine Partei zu entscheiden, deren Erfolgsaussichten unsicher sind.

Am 30. November 1930 konstituierte sich die Radikal-Demokratische Partei in Kassel. Über die Ziele der neuen Partei urteilte die Frankfurter Zeitung: »Die Beratung des künftigen Parteiprogramms wies als wesentliches Charakteristikum eine radikal-pazifistische Haltung nach. Die Einstellung zu Fragen der Wirtschaft ist noch umstritten.«¹ Umstritten war auch der Gründungsakt unter den anwesenden Delegierten. Nachdrücklich warnten die Führer der Berliner Delegation, Ludwig Quidde und Walter Braubach, vor einer Parteigründung, da der augenblickliche Zeitpunkt dies keineswegs ermutige. Die Tagung entschied sich dennoch mit 46 gegen 26 Stimmen für die Bildung der RDP.² Sowohl Quidde als auch Braubach stellten sich der Partei zur Verfügung.

Die Ausrufung der Radikal-Demokratischen Partei war eine Reaktion auf das mißglückte Experiment der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), durch die Deutsche Staatspartei eine neue politische Kraft in der Mitte zu etablieren. Ende Juli 1930 war die politische Öffentlichkeit von der Gründung der Deutschen Staatspartei (DStP) überrascht worden. Die seit längerem schwelende Krise in der politischen Mitte hatte angesichts der plötzlich für September angesetzten Neuwahlen zum Reichstag zu einem Alleingang einiger Spitzenpolitiker aus den Reihen der Deutschen Demokratischen Partei geführt, die damit ihrer eigenen Partei den Todesstoß versetzten. Nach den Vorstellungen der demokratischen Parteigründer sollte der Zusammenschluß der DDP mit dem Jungdeutschen Orden und der Volksnationalen Reichsvereinigung zu einer Bündelung und Mobilisierung der Kräfte im bürgerlichen Lager führen.³

Auf die liberale Vossische Zeitung wirkte die Gründung nach vielen vergeblichen Verhandlungen »wie eine Erlösung«. Die Tatsache, daß die Gründung ohne Befragen der Parteinstanzen geschah, legitimierte das Blatt mit dem Hinweis, ungewöhnliche Umstände rechtfertigten ungewöhnliche Schritte.⁴ Die Frankfurter Zeitung war in ihrer ersten Reaktion auf die Gründung der Deutschen Staatspartei zurückhaltenden »Die Öffentlichkeit wird zu dieser Deutschen Staatspartei erst wirklich Stellung nehmen können, wenn durch ihren Wahlauf Ruf ihre politischen Marschlinien bekanntgegeben sind. Ihr Name schon ist in diesem Augenblick ein Versprechen.«⁵ In den folgenden Wochen

¹ Radikal-Demokratische Partei. Frankfurter Zeitung, 2. Dezember 1930, Nr. 896, S. 2.

² Ebd.

³ Zur Gründung und Geschichte der Deutschen Staatspartei siehe: Attila S. Chanady, *The Dissolution of the German Democratic Party in 1930*, in: *American Historical Review*, 73 (1968), S.1433- 1453. Bruce B. Frye, *Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party*. Carbondale 1985. Larry Eugene Jones, *German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918-1933*, Chapell Hill, N.C. 1988; Karl Hermann Beeck, *Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Jahr 1930 im Zusammenhang der Neuordnungsversuche des Liberalismus*, Diss. Köln 1955.

⁴ Staatspartei. Vossische Zeitung, 29. Juli 1930, Nr. 179, S. 1.

⁵ Deutsche Staatspartei. Frankfurter Zeitung, 28. Juli 1930, Nr. 555, S. 1.

des Wahlkampfes unterstützte die Frankfurter Zeitung uneingeschränkt die DStP und forderte zu deren Wahl auf.

Die Staatspartei wurde keineswegs von allen Seiten, die bis dato den Demokraten die Treue gehalten hatten, euphorisch begrüßt. Das Berliner Tageblatt, die Zeitung, in der einst am 16. November 1918 der Gründungsauftrag zur Deutschen Demokratischen Partei zuerst erschienen war, bezweifelte, daß die neue Partei eine breite und sichere Basis hätte. Ob der Ordenshochmeister Mahraun und sein Ordenskanzler Bornemann die Masse des Jungdeutschen Ordens mit sich ziehen würden, so weiter das Blatt, müsse abgewartet werden. Genaue Kenner der Bewegung hätten versichert, daß der größere Teil der Mitgliedschaft eine sehr starke Wandlung durchmachen müßte, um in dieser Frage zu folgen. Die weiteren Worte und Taten der neuen Partei werde man beobachten und prüfen müssen.⁶

Auch in den Reihen der Demokraten gab es Widerstände gegen den Zusammenschluß. Der Bezirksverband der DDP in Berlin-Mitte verfaßte eine Resolution gegen die Gründung der Deutschen Staatspartei.⁷ Die Berichte über die Entschließungen der verschiedenen demokratischen Organisationen zur Staatspartei offenbaren die Zerrissenheit über deren Gründung.⁸ Der Versuch eine neue politische Kraft in der parlamentarischen Mitte zu etablieren, geriet zur Selbstentleerung der Demokraten.

Der eingeschlagene Kurs der Staatspartei brüskierte den sozialpolitischen Flügel der DDP. Aufgrund der neuen wirtschaftspolitischen Standortbestimmung der Staatspartei gab der stellvertretende Vorsitzende des demokratischen Parteiausschusses, Anton Erkelenz, seinen Übertritt zu den Sozialdemokraten bekannt, verbunden mit dem Vorwurf, die DDP hätte in den letzten Jahren ihre Mithilfe beim »Hineinwachsen der Arbeiterschaft in den neuen Staat« immer mehr verweigert.⁹

Mit seiner militaristischen Haltung stieß Mahraun den pazifistischen Kreis der Demokraten vor den Kopf. In seinem Aufruf an seine »jungdeutschen und volksnationalen Freunde« hatte er sich für »die Ausschaltung der internationalen pazifistischen Schwärmer, die dem Reiche so unermesslichen Schaden

⁶ Ein Versuch. Berliner Tageblatt, 28. Juli 1930, Nr. 351, S. 1f.

⁷ Ernst Feder, innenpolitischer Redakteur des Berliner Tageblatts und Mitglied des Bezirksvorstands der Demokraten in Berlin-Mitte, hielt die Gründung für einen »Dolchstoß«, den der Parteivorsitzende Erich Koch und Oscar Meyer der Demokratischen Partei versetzt hätten. Am 16. August 1930 notierte er in seinem Tagebuch: »Demokratische Partei ist tot; Staatspartei totgeboren.« Ernst Feder, Heute sprach ich mit . . . Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926-1932, hrsg. v. Cécile Lowenthal Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971, S. 261ff.

⁸ Die Parteien-Bewegung. Berliner Tageblatt, 31. Juli 1930, Nr. 357. Volkspartei nach rechts. Berliner Tageblatt, 1. August 1930, Nr. 359. Mahnrauns Echo. Berliner Tageblatt, 2. August 1930, Nr. 361. Zustimmung zur Staatspartei. Berliner Tageblatt, 4. August 1930, Nr. 363. Für und wider die Staatspartei. Berliner Tageblatt, 5. August 1930, Nr. 365.

⁹ Erkelenz wird Sozialdemokrat. Frankfurter Zeitung, 30. Juli 1930, Nr. 559, S. 2.

zugefügt haben«, eingesetzt.¹⁰ Die Auseinandersetzungen um die Staatspartei führten zu einer Spaltung im jungdemokratischen Reichsverband. Der Landesverband Berlin-Brandenburg trat aus dem Reichsbund aus und bezeichnet den Jungdeutschen Orden in seiner Entschließung als »halbnationalistische und halbantisemitische Organisation«.¹¹

Parallel zur aufkommenden Kritik entstand Anfang August 1930 die Vereinigung Unabhängiger Demokraten (VUD). Die Gründung war eine Reaktion auf die Auseinandersetzungen um die Staatspartei und erfaßte vor allem die Kreise innerhalb der ehemaligen Demokratischen Partei, die den Zusammenschluß mit dem Jungdeutschen Orden und der Volksnationalen Reichsvereinigung für falsch hielten. Kurz vor der Wahl empfahl der Reichsgeschäftler der unabhängigen Demokraten, Otto Stündt, die Stimmabgabe zugunsten der Sozialdemokraten. Dies sei immer noch das kleinere Übel.¹²

Die Kritiker der Fusion zwischen Demokraten und Jungdeutschen sollten Recht behalten. Bereits im Oktober 1930 kam es zum Bruch in der Deutschen Staatspartei. Der Jungdeutsche Orden und die Volksnationale Reichsvereinigung schieden aus der Staatspartei unter Beibehaltung ihrer Mandate aus. Als Anfang November 1930, trotz der negativen Erfahrung mit den Jungdeutschen, die Deutsche Demokratische Partei sich offiziell auflöste, wurde noch im gleichen Monat aus der VUD heraus die Radikal-Demokratische Partei gegründet.

Die RDP hoffte, nennenswerte Kräfte von der SPD für sich gewinnen zu können. Otto Stündt hatte bereits im Verlauf des Reichstagswahlkampfes das Bild einer politischen Umschichtung der Parteien entworfen. Auf der rechten Seite hätte sich die Veränderung unter Hugenberg's Führung bereits vollzogen, während bei den Linksparteien die Umbildung viel langsamer voranschreite.¹³ Der Gründungsaufwurf der RDP schloß, wie die Frankfurter Zeitung es formulierte, mit der »kühnen Parole«: »Die neue Linke greift an!«¹⁴ Personell rekrutierte sich die politische Führung der neuen Parteien aus den Personen, die sich in den Reihen der Demokraten gegen die Gründung der Deutschen Staatspartei gewehrt hatten. Parteivorsitzender wurde Willy Braubach. Der Berliner Rechtsanwalt war langjähriges Vorstandsmitglied des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus. Ursprünglich für das Amt des Vorsitzenden war der prominente Pazifist Ludwig Quidde vorgeschlagen worden. Dieser lehnte jedoch ab, da er die Vereinigung unabhängiger Demokraten als Verein bestehen lassen wollte.¹⁵

¹⁰ Mahraun ruft auf. Berliner Tageblatt, 31. Juli 1930, Nr. 365.

¹¹ Jungdemokraten und Staatspartei. Berliner Tageblatt, 6. August 1930, Nr. 367. Zum Verhalten der Jungdemokraten zur Frage der Gründung der Staatspartei vgl. Burkhard Gutsleben, Volksgemeinschaft oder Zweite Republik? Die Reaktionen des deutschen Liberalismus auf die Krise der 30er Jahre, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, Tel Aviv, 17 (1988), S. 271ff.

¹² Unabhängige Demokraten für Sozialdemokratie. Berliner Tageblatt, 10. September 1930, Nr. 427, S. 1.

¹³ Ebd.

¹⁴ Radikal-Demokratische Partei. Frankfurter Zeitung, 2. Dezember 1930, Nr. 896, S. 2.

¹⁵ Radikaldemokratische Partei von L. Quidde. In: Weltbühne, Nr. 2 (1931), S. 50ff. In

Der Publizist und Jurist Hellmut von Gerlach unterstützte die Sache der RDP ebenso wie der Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), Paul Freiherr von Schoenaich. Aus den Reihen der unzufriedenen Jungdemokraten wurden Otto Stündt und Werner Burmeister Mitglieder des Vorstands.¹⁶

Ein Jahr später kandidierte die Radikal-Demokratische Partei das erste Mal in einer Landtagswahl. Die Voraussetzungen im Volksstaat Hessen waren relativ günstig: Zwei der ehemaligen fünf DDP-Landtagsabgeordneten waren zur RDP übergetreten, so der langjährige Vorsitzende der Fraktion Julius Reiber. Zwei weitere Mandatsträger, darunter der Minister für Arbeit und Wirtschaft Adolf Korell, firmierten weiter unter der Deutsch-Demokratischen Partei, die es eigentlich nicht mehr gab. Lediglich der Abgeordnete Johann Schreiber hatte sich der Staatspartei angeschlossen.¹⁷

Die Radikaldemokraten konkurrierten mit den Staatsparteilern um die teilweise gleiche Wählerschaft. Dementsprechend mobilisierte die RDP alle Möglichkeiten. Redner der Partei reisten aus dem ganzen Reich zu den Veranstaltungen an, die auch in kleineren Orten stattfanden.¹⁸ Sehr verärgert reagierte die Deutsche Staatspartei als der eigentlich parteilose Korell die Liste der Radikaldemokraten mit der Begründung empfahl, die Ideen der Partei stimmten mit denen Friedrich Naumanns überein. Die Frankfurter Zeitung meinte, Naumann habe es nicht verdient, in einen so widrigen Bruderzwist hineingezogen zu werden. Theodor Heuß und Alfred Nuschke, die beide Naumann persönlich nahegestanden hatten, wiesen darauf hin, daß gerade Naumann auf Grund der eigenen negativen Erfahrung entschiedenster Gegner jeder politischen Sektiererei gewesen sei. Er habe die Einigung der linksliberalen Parteien betrieben und manche Konzessionen dafür in Kauf genommen.¹⁹

Vor der Wahl 1931 äußerte sich die Frankfurter Zeitung nicht explizit zu Gunsten einer der beiden Konkurrenten. Das Blatt ließ aber keinen Zweifel, daß es die getrennten Kandidaturen nicht für gut hieß. So verwies es auf die Hamburger Bürgerschaftswahl im September des gleichen Jahres, bei der die Radikaldemokraten auf eine eigene Liste verzichtet hatten. Dort konnte die Staatspartei gegenüber der Reichstagswahl 1930 einige tausend Stimmen hinzugewinnen.²⁰ Im weiteren Verlauf berichtete die Zeitung über den Wahlkampf

dem Beitrag dementierte Quidde, daß er es abgelehnt habe, an die Spitze zu treten, wie es in einigen Berichten hieß, mit Rücksicht auf sein Alter.

¹⁶ Werner Fritsch, Radikal-Demokratische Partei (RDP) 1930-1933, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Leipzig 1985, Bd. 3, S. 608ff.

¹⁷ Burkhard GuÜben, Radikaldemokraten im Hessischen Landtag, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, 93 (1988), S. 179-186.

¹⁸ Burkhard Gutleben, Radikaldemokratische Partei - aufrechte Linksliberale ohne Erfolg, in: liberal, 1 (1986), S. 70.

¹⁹ Naumann im Wahlkampf. Frankfurter Zeitung, 15. November 1931, Nr. 852-53, S. 3.

²⁰ Ebd.

der Deutschen Staatspartei während über sonstige Aktivitäten der Radikal-Demokratischen Partei dem Blatt keinerlei Hinweise zu entnehmen sind.²¹

Das Wahlergebnis bei der hessischen Landtagswahl fiel für die RDP enttäuschend aus. 4613 Stimmen reichten nicht zur Erringung eines Mandats und bedeuteten in der Endabrechnung 0,6 Prozent aller gültigen Stimmen. Standardisiert man die Stimmenanzahl auf die Wahlberechtigten, um den Nichtwähleranteil zu kontrollieren, so reduziert sich der Anteil gar auf 0,5 Prozent. Auch für die Deutsche Staatspartei wurde der Wahlausgang zu einem Debakel. Lediglich 1,1 Prozent der Wahlberechtigten gaben der Partei die Stimme, während es bei der letzten Reichstagswahl, gut ein Jahr zuvor, noch 4,1 Prozent gewesen waren.

Orte mit dem höchsten Stimmenanteil für die RDP

Name	Kreis	abs. Stimmen	% d. Wahlber.	Ortsgröße 1925
Tiefenthal	Alzey	9	11,1	129
Bechtolsheim	Oppenheim	93	11,1	1174
Biebelnheim	Oppenheim	35	8,7	582
Wolfsheim	Oppenheim	30	8,7	343
Otterbach	Alsfeld	6	8,2	125
Sichenhausen	Schotten	14	8,1	266
Gau-Odernheim	Alzey	68	5,7	1812

Bezeichnend für den Mißerfolg der Radikal-Demokratischen Partei ist daß sie ihre »Erfolge« in Dörfern kleinster Größenordnung erzielte. Nur wenige abgegebene Stimmen reichten, wie im Falle von Tiefenthal, Otterbach oder Sichenhausen, aus, um aus diesen Ortschaften »Hochburgen« werden zu lassen. Verständlich, daß aus den individuellen Entscheidungen von gut einem Dutzend Wählern sich keine Systematik ableiten läßt. Die Erfolge im rheinhessischen Kreis Oppenheim gehen wohl auf die Wahlkampf­tätigkeit Johann Eberles zurück. Der Landwirt gehörte zu den radikaldemokratischen Sezessionisten in der hessischen Landtagsfraktion und war seit 1922 Bürgermeister des Ortes Wolfsheim.²² Die absolut höchsten Stimmenzahlen erzielten erwartungsgemäß die Radikaldemokraten in den großen Städten des Landes.

²¹ Die Staatspartei in Nassau. Frankfurter Zeitung, 8. November 1931, Nr. 835. Der Wahlkampf in Hessen. Frankfurter Zeitung, 9. November 1931, Nr. 836.

²² Gutleben, Radikaldemokraten im Hessischen Landtag (wie Anm. 17), S. 181.

Orte mit den absolut größten Stimmenzahlen für die RDP

Name	abs. Stimmen	% d. Wahlber.	Ortsgröße 1925
Darmstadt	849	1,2	89 465
Mainz	271	0,3	108 537
Worms	201	0,6	47 015
Offenbach	176	0,3	79 362
Bad Nauheim	116	1,8	9 193

Gemessen am relativen Stimmenanteil, den sie landesweit erzielte, war die RDP in der Landeshauptstadt Darmstadt überdurchschnittlich erfolgreich. Das bessere Ergebnis dort ist mit einiger Sicherheit auf die Tätigkeit ihres Spitzenkandidaten Julius Reiber zurückzuführen, der in Darmstadt als Rektor tätig und Vorsitzender des Hessischen Landeslehrervereins war.²³ Der Partei gelang es nicht, sich als neue Kraft eines fortschrittlichen Bürgertums zu profilieren und insbesondere die Wähler an sich zu ziehen, die von den Sozialdemokraten ein Abrücken von ihrer klassenkämpferischen Position erwarteten.

Korrelation der RDP und DStp-Ergebnissen 1931 mit den Resultaten der Reichstagswahl 1930

	DStp30	SPD30
RDP31	.35	.03

	DStp30
DStp31	.73

Der Korrelationswert zwischen dem Ergebnis der RDP in hessischen Gemeinden 1931 und den Ergebnissen der SPD in der Reichstagswahl 1930 weist auf keinen Zusammenhang hin. Die Korrelationen zwischen dem Ergebnis der Deutschen Staatspartei 1930 einerseits und den Resultaten der DStp und RDP andererseits zeigen, daß es der RDP nicht gelang, das Erbe der Staatspartei anzutreten. In der Tendenz erreichte die DStp wieder ihre besten Ergebnisse in den Stimmbezirken, in denen sie bereits 1930 besonders erfolgreich war. Dagegen liegt der entsprechende Wert für die Radikal-Demokratische Partei wesentlich niedriger.

Das hessische Ergebnis war für die RDP so demotivierend, daß sie zu der Landtagswahl in Preußen im April 1932 und zu den Reichstagswahlen 1932

²³ Ebd.

keine Kandidatenliste mehr aufstellte. Lediglich in Hessen beteiligte sie sich wiederum an der Landtagswahl im Juni 1932, konnte aber nur ein ähnliches Ergebnis wie 1931 erzielen (4921 Stimmen).²⁴

Trotz des enttäuschenden Abschneidens für die Radikaldemokraten ist es denkbar, daß sich hinter dem Gesamtwahlergebnis für die RDP eine Sonderbewegung der jüdischen Wählerschaft versteckt, daß möglicherweise überproportional viele jüdische Wähler für die Radikaldemokraten votierten. Dies muß sich nicht besonders im Gesamtergebnis bemerkbar machen: Der jüdische Bevölkerungsanteil betrug in Hessen nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung 1925 nur ein Prozent.

Bis zu den Krisenjahren der Weimarer Republik wird unstrittig in der Literatur der Mehrheit der Juden eine Neigung für die linksliberale Deutsche Demokratische Partei nachgesagt.²⁵ Die Gründung der Deutschen Staatspartei sorgte jedoch in jüdischen Kreisen für heftige Irritationen. In der entscheidenden Sitzung des demokratischen Parteiausschusses hatte Mahraun erklärt, Antisemitismus in jeglicher Form liege ihm fern. Als er jedoch einen Aufruf an die Jungdeutschen und Volksnationalen erließ, monierte das Berliner Tageblatt, daß er sich nicht zum Antisemitismus geäußert habe, obwohl dieser in den letzten Jahren bisweilen eine Rolle innerhalb der jungdeutschen Bewegung gespielt habe.²⁶

Der Centraiverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.), die größte jüdische Organisation, vertrat offiziell eine parteipolitisch neutrale Haltung. Subtil, aber durchaus erkennbar war, für welche politische Richtung es Präferenzen gab. Personell war der C.V. eng mit der DDP verbunden und auch umgekehrt verwiesen Demokraten auf die guten Kontakte zum Centraiverein und setzten selbstverständlich voraus, daß die Mehrzahl der jüdischen Wähler für die DDP stimmte.²⁷

Gut zwei Wochen nach der Gründung sah sich Ludwig Holländer, Direktor des Centraivereins, gezwungen, dem Spitzenkandidaten Mahraun eine Unbedenklichkeitserklärung auszustellen. Die Notwendigkeit einer solchen Stellungnahme resultierte aus der Stimmung, die unter der jüdischen Bevölkerung nach der Fusion zur Staatspartei geherrscht hatte. Die generelle Behandlung der Frage, »ob ein jüdischer Wähler, der auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie steht, der 'Staatspartei' seine Stimme geben kann«, ist ebenso ein Indiz für das aufkommende Unbehagen unter liberal denkenden Juden, wie der Hinweis Holländers, daß vieles, was zu diesem Thema gesagt wurde, »der Gemütslage einer großen Reihe unserer Freunde« widerspreche.²⁸

²⁴ Lexikon zur Parteiengeschichte, (wie Anm. 16), Bd. 3, S. 61 ff.

²⁵ Zu diesem Thema: Martin Liepach, Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung. Zur politischen Orientierung der Juden in der Weimarer Republik, Tübingen 1996.

²⁶ Mahraun ruft auf. Berliner Tageblatt, 31. Juli 1930, Nr. 356. Demokraten für Staatspartei. Berliner Tageblatt, 30. Juli 1930, Nr. 365, S. 1f.

²⁷ Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 498.

²⁸ Centraiverein und Staatspartei. C.V.-Zeitung, 15. August 1930, 9. Jg., Nr. 33, S. 430.

Als die Jungdeutschen aus der staatsparteilichen Fraktion ausschieden, prognostizierte das Israelitische Familienblatt für die Zukunft der Linksliberalen: »An eine Wiederherstellung der Aktionskraft der alten Demokratischen Partei in den früheren oder gar in einem gesteigerten Umfange ist wohl kaum zu denken, dazu ist durch die Gründung der Staatspartei eine zu weitgehende Verwirrung in der Wählerschaft hervorgerufen worden, und der einmal angerichtete Schaden wird sich nur schwer ausgleichen lassen.«²⁹ Hoffnung für die Demokraten in der Staatspartei, so weiter das Blatt, gebe es nur noch, wenn deren Weg gerade und deutlich sei, und sie sich abgewöhnten, dem politischen Gegner Konzessionen zu machen, die diesen nicht versöhnten und der Partei den Boden unter den Füßen wegziehen würde.³⁰

Unter diesen Vorzeichen mag die Radikal-Demokratische Partei eine wählbare Alternative dargestellt haben. Zumal ihr prominentestes jüdisches Mitglied Georg Bernhard war. Von 1914 bis 1930 war er Chefredakteur der Vossischen Zeitung. Bis dahin war er ebenfalls Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Presse. Erst 1924 wurde er Mitglied der DDP, in früheren Jahren war er bereits einmal der SPD beigetreten. 1927 wurde Bernhard Vorstandsmitglied der DDP, und von 1928 bis 1930 saß er als Abgeordneter im Reichstag.³¹ Außerdem hatten sich mit Hermann Kantorowicz, Max Reinheimer und Julie Meyer weitere bekannte jüdische Demokraten der Partei angeschlossen.³²

Aufgrund seiner heterogenen parteipolitischen Zusammensetzung gab der Centraiverein keine explizite Empfehlung zu den hessischen Landtagswahlen 1931. Sybillinisch erklärte das Verbandsorgan: »Die alten demokratischen Wähler bedauerten die Spaltung der Partei in die Staatspartei und Radikal-Demokratische Partei. Aus ihren Kreisen gab man der Hoffnung Ausdruck, daß hierdurch keine Verwirrung in der Wählerschaft eintrete und Schaden für die Partei entstehen würde. Die Sozialdemokratie geht mit starker Kampfesfreude in die Auseinandersetzung.«³³

Das Israelitische Familienblatt, nach der C.V.-Zeitung das auflagenstärkste Blatt unter den jüdischen Periodika, trat im Wahlkampf der RDP mit offener Sympathie gegenüber. Als einzige Partei besaß die RDP einen jüdischen Kandidaten an aussichtsreicher Stelle: »Für die jüdischen Belange besonders im Kampf gegen das Schächtverbot und im Kampf für eine gerechte Besoldung der jüdischen Religionslehrer in Hessen ist in erster Linie der frühere Frak-

²⁹ Zerfall der Staatspartei. Israelitisches Familienblatt, 16. Oktober 1930, 32. Jg., Nr. 42, S.1.

³⁰ Ebd.

³¹ Zur Charakterisierung Georg Bernhards vgl. auch Werner Becker, Die Rolle der liberalen Presse, in: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1971, S. 94ff.

³² Gutleben, Volksgemeinschaft oder Zweite Republik? (wie Anm. 11), S. 281.

³³ Die optische Sperrung wurde im Originaltext vorgenommen. Vor den Wahlen in Hessen. C.V.-Zeitung, 6. November 1931, 10. Jg., Nr. 45, S. 519.

tionsführer der Demokraten, der Abgeordnete Reiber, der jetzt an der Spitze der Radikaldemokraten steht, hervorgetreten. Vom allgemeinen jüdischen Standpunkt muß man von den hessischen Juden erwarten, daß sie nur solche Abgeordnete und Parteien wählen, die ihre restlose Zuverlässigkeit im Kampf gegen den Antisemitismus und den Nationalsozialismus bewiesen haben.«³⁴

Aus methodischen Gründen beschränkt sich die Untersuchung auf das Abstimmungsverhalten der ländlichen Judenheit. Dabei umfaßt die empirische Kategorie »Land« im folgenden alle Orte mit weniger als 5000 Einwohnern. Aus dem zur Verfügung stehenden Datensatz wurde aus einer Anzahl ländlicher Gemeinden mit jüdischem Bevölkerungsanteil eine Gruppe gebildet, die einen überdurchschnittlichen Anteil an jüdischen Bewohnern aufweist.³⁵ Diese Gruppe weist eine bestimmte Konfessions- und Sozialstruktur auf. Dieser ersten Gruppe wurde eine zweite Gruppe gegenübergestellt, die ähnliche Ausprägungen der Konfessions- und Sozialmerkmale besitzt, aber keine jüdischen Einwohner hat.

Die erste Gruppe besteht aus 56 Gemeinden und besitzt einen durchschnittlichen jüdischen Bevölkerungsanteil von 5,3 Prozent. Weiterhin weist Gruppe 1 eine Einwohnerzahl von knapp tausend Einwohnern im Schnitt auf, davon 86,3 Prozent Protestanten und 7,5 Prozent Katholiken. 35 Prozent der Bevölkerung waren 1933 in der Landwirtschaft beschäftigt, fast ebensoviel in Industrie und Handwerk. 12,6 Prozent waren in der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr tätig.

Gruppe 2 besteht aus 123 Gemeinden. Sie besitzt eine ganz ähnliche Einwohner-, Konfessions- und Sozialstruktur wie Gruppe 1, jedoch ohne Juden. Dabei gelang es, den Katholikenanteil fast konstant zu halten. Gruppe 2 weist mit 7,6 Prozent Katholiken den fast gleichen Anteil wie Gruppe 1 auf. Die Kontrolle der Konfession ist besonders sinnvoll, da in zahlreichen wahlhistorischen Untersuchungen ein stärkerer Einfluß von Konfessionsvariablen als von sozialstrukturellen Merkmalen auf das Abschneiden verschiedener Parteien festgestellt wurde. Die etwas geringere Einwohnergröße dürfte einen Einfluß auf die Berufszusammensetzung unserer Gebietseinheiten gehabt und den Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten etwas nach oben gedrückt haben. Insgesamt betrachtet, liegt eine weitgehende Übereinstimmung in der Struktur der beiden Gruppen vor, bis auf den jüdischen Bevölkerungsanteil.³⁶

³⁴ Hessische Landtagswahlen und die Juden. Israelitisches Familienblatt 29. Oktober, 1931, 33. Jg., Nr. 44, S. 2.

³⁵ Zur Struktur der Datenbank vgl. Dirk Hänisch, Inhalt und Struktur der Datenbank "Wahl- und Sozialdaten der Kreise und Gemeinden des Deutschen Reiches 1920 bis 1933", in: Historical Social Research, Vol. 14,1 (1989), S. 56f.

³⁶ Die Angaben über Konfessionsverteilung und Ortsgröße basieren auf den Ergebnissen der Volkszählung 1925.

Einwohner- Konfessions- und Sozialstruktur der
Vergleichsgruppen im Vergleich

	Einwohner- zahl im Durch- schnitt	% Protest.	% Rath.	% Juden	% Land- wirtschaft	% Industrie u. landwerk	% Handel u. Verkehr
Gruppe 1	999	86.3	7.5	5.3	35.0	34.8	12.6
Gruppe 2	857	91.0	7.6	0.0	42.1	34.8	8.4

Gruppe 1: N=56; Gruppe 2: N = 123

Eine Einflußgröße, von der ein Effekt auf das Wahlverhalten ausgehen könnte und die gleichfalls berücksichtigt wird, ist die Ortsgröße.³⁷ Soziale Beziehungen und Kommunikationserfahrungen in Kleinstgemeinden unter 500 Einwohnern unterscheiden sich durchaus von denen größerer Gemeinden, beispielsweise mit 5 000 Einwohnern. Betrachten wir die Ergebnisse der Landtagswahl 1931 in beiden Gruppen und vergleichen diese mit den Resultaten der Reichstagswahl 1930 so ergibt sich folgendes Bild:

Ergebnisse der Reichstagswahl 1930 und der Landtagswahl 1931
in Vergleichsgruppen

	RT 1930 Gruppe 1 in %	RT 1930 Gruppe 2 in %	Differenz Gruppe 1 - Gruppe 2	LT 1931 Gruppe 1 in %	LT 1931 Gruppe 2 in %	Differenz Gruppe 1 - Gruppe 2
NSDAP	16,6	17,8	-1,2	38,2	40,1	-1,9
DNVP	1,0	1,1	- 0,1	0,6	1,1	-0,5
DVP	3,8	3,3	0,5	1,4	1,2	0,2
Zentrum	2,7	3,1	-0,4	3,1	3,3	-0,2
DStp	5,7	2,1	3,6	1,0	0,5	0,5
RDP	-	-	-	0,6	0,5	0,1
SPD	23,3	22,4	0,9	21,8	17,1	4,7
KPD	5,3	4,7	0,6	8,0	7,6	0,4
Sonstige	17,3	17,7	-0,4	7,1	7,0	0,1
Nichtwähler	24,4	27,9	-3,5	18,1	21,8	-3,7

Gruppe 1: N=56; Gruppe 2: N=123

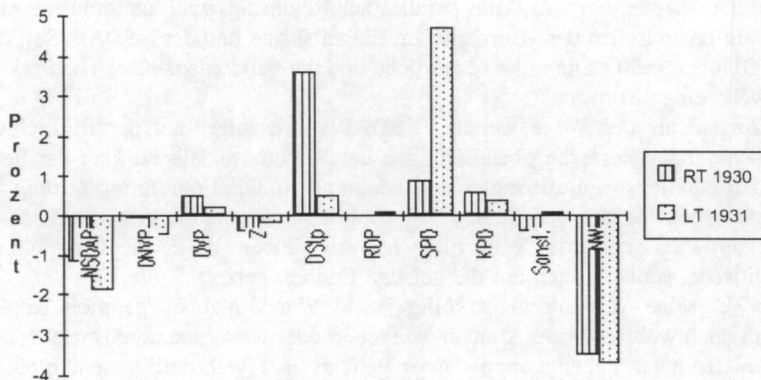
Noch bei der Reichstagswahl 1930 erzielte die Deutsche Staatspartei ein deutlich besseres Ergebnis in der Gruppe mit jüdischer Bevölkerung. Während die Differenzen für alle anderen zur Wahl stehenden Parteien mehr oder we-

³⁷ Bedingt durch die geringe Ortsgröße liegt die Zahl der Wahlberechtigten in den Gemeinden meist gar unter der von städtischen Stimmbezirken, der kleinsten Aggregationsebene. Somit wird eine der wichtigsten Anforderungen der Historischen Wahlforschung eingelöst, die niedrigste Aggregationsebene zu wählen, um ökologische Fehlschlüsse zu vermeiden. Ausführlicher zu den Anforderungen an historische Wahluntersuchungen, Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 61ff.

niger im Zufallsbereich schwanken, legt das um 3,6 Prozentpunkte bessere Ergebnis eine Systematik nahe. Auffällig ist auch, daß der Nichtwähleranteil in den jüdischen Dorf- und Kleinstädten erheblich niedriger liegt als in der Vergleichsgruppe.

Die deutliche Differenz zwischen den beiden Gruppen reduziert sich für die Deutsche Staatspartei bei der Landtagswahl 1931 auf einen halben Prozentpunkt. Jedoch sind es nicht die Radikaldemokraten, die davon profitieren konnten. Deren Ergebnisse weisen keinen signifikanten Unterschied im Abschneiden in beiden Gruppen auf. Die RDP konnte in den Gemeinden mit jüdischem Bevölkerungsanteil ein Zehntel Prozentpunkt der Wahlberechtigten mehr erreichen als in der Vergleichsgruppe. Die Resultate deuten nicht auf eine besondere Mobilisierung der Radikaldemokratischen Partei im ländlichen, jüdischen Bereich hin. Auch eine Kontrolle unter Einbezug sämtlicher Wahleinheiten mittels multipler Regressionsanalyse liefert kein anderes Bild. Unter Kontrolle des Protestantenanteils, des Anteils der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen sowie des in Industrie und Handwerk tätigen Personenanteils nimmt sich der Koeffizient für den jüdischen Bevölkerungsanteil mit .02 gering aus.

Graphik Differenz Gruppe 1 - Gruppe 2



Gruppe 1: mit jüdischer Bevölkerung

Gruppe 2: ohne jüdische Bevölkerung

In der Betrachtung der Differenzen für die Landtagswahl 1931 ergeben sich für die Sozialdemokraten als einzige Partei auffallend positive Abweichungen. Über vier Prozentpunkte mehr konnte die SPD in den ländlichen jüdischen Hochburgen gegenüber der Vergleichsgruppe erreichen, waren es doch bei der Reichtagswahl 1930 lediglich 0,9 Prozentpunkte.

Die ermittelten Tendenzen stimmen mit zeitgenössischen Bewertungen überein. Das desolatte Erscheinungsbild der hessischen Linksliberalen wirkte erfolgsmindernd. In diesem Zusammenhang kritisierte die Frankfurter Zeitung die radikaldemokratische Abspaltung direkt nach der Wahl: »Zahlreiche frühere demokratische Wähler haben wahrscheinlich für andere Parteien (Sozialdemokratie oder Zentrum) gestimmt weil sie bei der Zersplitterung der Nachfolgeguppen ihre Stimmen nicht verloren gehen lassen wollten. Daß der frühere Führer der Demokraten Julius Reiber dem neuen Landtag nicht mehr angehört, ist gewiß ein bedauerlicher Verlust. Herr Reiber hat sich seine Niederlage selbst zuzuschreiben. Wäre diese radikaldemokratische Sonderliste vermieden worden, so würde die Staatspartei Aussicht auf mindestens zwei Mandate gehabt haben.«³⁸

Hinter der deutlichen Abwanderung der linksliberalen Wählerschaft in den ländlichen jüdischen Hochburgen bei gleichzeitigem besseren Abschneiden der Sozialdemokraten in dieser Gruppe verbirgt sich ein zweckrationales Wahlverhalten, das aus den politischen Umständen erwuchs. Direkt vor der Wahl forderte die Frankfurter Zeitung »Kein zweites Braunschweig oder Thüringen!«³⁹ In Thüringen war es Anfang 1930 zu einer Regierungskoalition gekommen, bestehend aus Landbund, Wirtschaftspartei, Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und den Nationalsozialisten. Dabei übernahm der Nationalsozialist Frick das Amt des Innenministers. In Braunschweig kam es nach der Landtagswahl im September 1930, die parallel zur Reichstagswahl stattfand, zu einer Koalition zwischen der »Bürgerlichen Einheitsliste« und der NSDAP. Seit dem 1. Oktober 1930 stellten die bürgerliche und die nationalsozialistische Fraktion jeweils einen Minister.⁴⁰

Angesichts der Woge weiterer NSDAP-Wahlerfolge und der Befürchtung zunehmender Regierungsbeteiligungen der Nationalsozialisten kam der hessischen Landtagswahl überregionale Bedeutung zu. Die Frankfurter Zeitung forderte daher von den »der reinen Tagespolitik abgewandten, kulturpolitisch bewegten Menschen« der Wahl nicht fern zu bleiben, da es nicht nur um die politische, sondern auch um die geistige Freiheit gehe.⁴¹

»Wer seine Vernunft nicht völlig jenem Wunderglauben geopfert hat, der muß doch wohl erkennen können, wie teuer jeder weitere nationalsozialistische Wahlerfolg zu stehen kommt. Aber geht es hier wahrhaftig nicht bloß um wirtschaftliche Dinge. Es geht auch darum, ob wir Freiheit, Selbstverantwor-

³⁸ Was wird aus Hessen? *Frankfurter Zeitung*, 17. November 1931, Nr. 356-57, S. 1.

³⁹ Kein zweites Braunschweig oder Thüringen. *Frankfurter Zeitung*, 14. November 1931, Nr. 851, S. 2.

⁴⁰ Ernst August Roloff, *Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich*, Braunschweig 1980, S. 12ff. Die »Bürgerliche Einheitsliste« umfaßte die DNVP, die DVP, das Zentrum, die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei und den Landbund.

⁴¹ Kein zweites Braunschweig oder Thüringen. *Frankfurter Zeitung*, 14. November 1931, Nr. 851, S. 2.

tung und Würde des Einzelmenschen dem Diktat eines Adolf Hitler und seiner Unterführer preisgeben sollen.«⁴²

Unter diesen Vorzeichen erscheint es verständlich, daß die jüdische Wählerschaft nicht bereit war, ihre Stimme in großem Umfang den Radikaldemokraten zu geben. Unter den Bedingungen, die eine Bündelung der republikanischen Kräfte erforderten, war wenig erfolgversprechender Spielraum für eine weitere politische Absplitterung. Eine Minderheit, die ihre Bedrohungslage wahrnimmt, wird sich hüten, ihr Stimmrecht für ein Experiment mit ungewissen Ausgang einzusetzen. Reduziert man nicht, wie es häufig geschieht, die wahlpolitische Mobilisierung auf die Sozialstruktur und die sich daraus ergebende sozialökonomische Interessenlage der Wählerschaft, sondern setzt man die Perspektive eines, über das Materielle hinausgehenden, umfassenderen Interessensbegriffs, in diesem Fall die Verteidigung der in der Weimarer Verfassung garantierten staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, an, so ergibt sich ein höchst vernünftiges Wahlverhalten. Dies scheint die ländliche jüdische Bevölkerung Hessens frühzeitig erkannt zu haben.

⁴² Wunder oder Wirklichkeit. Frankfurter Zeitung, 15. November 1931, Nr. 854, S. 1.